

Dokumentation

Außenpolitik

Carola Milbrodt

Hu Jintaos Besuch in den USA ohne substanzielle Ergebnisse

Ausführlich und in positiven Worten berichteten die chinesischen Medien über den ersten offiziellen Besuch ihres Staats- und Parteichefs Hu Jintao in den Vereinigten Staaten von Amerika vom 18. bis 21. April. Dabei verschwiegen sie jedoch wesentliche Details, die während der viertägigen Reise für Unmut in der chinesischen Delegation sorgten. Gegenüber der eigenen Bevölkerung sollte kein schlechtes Licht auf die symbolisch so bedeutsame Visite fallen.

Wie schon im vergangenen Spätsommer, als dieser Besuch kurzfristig verschoben werden musste (siehe C.a., 5/2005, Ü 3), gab es Unstimmigkeiten über die Klassifizierung der Auslandsreise Hu Jintaos. Ohne hierüber eine diplomatische Einigung erreicht zu haben, definierten beide Seiten die Visite unterschiedlich: Was Beijing als „Staatsbesuch“ bezeichnete, galt in Washington nur als „offizieller Arbeitsbesuch“. Einem Staatsgast entsprechend wurde Hu mit allen militärischen Ehren empfangen. Anstatt eines abendlichen Staatsbanketts – wie bei einem offiziellen „Staatsbesuch“ üblich – lud man den chinesischen Gast aber lediglich zu einem Arbeitsessen am Mittag mit auffallend informeller Country-Musik ein.

Darüber hinaus gab es diverse Zwischenfälle, die Hu Jintao der FAZ zufolge „sicht-

lich verstimmt“en. Neben kleineren Fauxpas war es besonders peinlich, als die chinesische Nationalhymne bei den Feierlichkeiten am Weißen Haus als diejenige der „Republik China“ – also Taiwans – vorgestellt wurde. Übertroffen wurde dieser Fehltritt jedoch durch den Zwischenfall während des Eröffnungszeremoniells, für den sich Präsident Bush später formell entschuldigte. Von der Presstribüne aus gelang es einer chinesischstämmigen Falun-Gong-Aktivistin fast drei Minuten lang, die Rede Hu Jintaos durch lautstarke Zwischenrufe in englischer und chinesischer Sprache zu stören. Der Meinung Shi Yinongs zufolge, Leiter des Zentrums für Amerikanische Studien an der Renmin Universität in Beijing, werde die chinesische Regierung diese Zwischenfälle zwar nicht überbewerten, sehe die US-Regierung jedoch dafür in der Verantwortung. Chinesische Fernsehübertragungen strahlten dieses Ereignis nicht aus. Auch diesbezügliche Berichterstattungen auf den Sendern BBC und CNN blockierte man in China.

Die Menschenrechtsfrage wurde jenseits dieses Vorfalles sowie verschiedener öffentlicher Demonstrationen auch in politischen Gesprächen gegenüber Hu Jintao thematisiert. Während seines gesamten Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten dominierten jedoch wirtschaftliche Themen. Schon kurz vor Eintreffen des Staatspräsidenten in den USA bahnte eine hochrangige Wirtschaftsdelegation unter Leitung der stellvertretenden Ministerpräsidentin Wu Yi Geschäfte im Umfang von 16,2 Milliarden US\$ an. Auch Hu Jintao selbst begann seine Reise

mit Besuchen bei Spitzenmanagern. In Seattle besichtigte er unter anderem den Microsoft-Campus, den Firmensitz des Flugzeugbauers Boeing und die Coffeeshopkette Starbucks. Der Gründer des Microsoft-Unternehmens Bill Gates gab zu Ehren der chinesischen Gäste, zu denen auch der Außen- und der Handelsminister zählten, ein Galadinner. Hu und Gates tauschten nicht nur freundliche Worte aus, sondern konnten auch einen entscheidenden Schritt in der Bekämpfung der in China weit verbreiteten Software-Piraterie vorweisen. Um illegale Raubkopien privater Händler zu unterbinden, wird demnächst auf chinesischen Computern der Lenovo-Gruppe das Betriebssystem Windows vorinstalliert sein. Der chinesische Staats- und Parteichef wurde ferner von verschiedenen US-amerikanischen Institutionen aus Wirtschaft und Politik empfangen und führte ein privates Gespräch mit dem ehemaligen Außenminister Henry Kissinger sowie mit dem früheren Nationalen Sicherheitsberater Brent Scowcroft. In all seinen Reden ließ Hu keine Gelegenheit aus, um die Botschaft zu verbreiten, dass Chinas Entwicklung friedlicher Natur sei und auf globaler Ebene mehr Chancen als Gefahren berge.

Im Gegensatz zu seinen ausführlichen Begegnungen mit Vertretern der Wirtschaft in Seattle, wo sich Hu Jintao von einer lockeren Seite zeigte, wirkte das kurze Zusammentreffen mit Präsident Bush im Weißen Haus eher „kühl“, wie deutschen Medienberichten zu entnehmen war.

In dem nur 90-minütigen Gespräch des US-amerikanischen Präsidenten mit seinem chinesischen Amtskollegen brachte Bush diverse Themen zur Sprache, in denen beide

Staaten große Differenzen haben: der Schutz geistigen Eigentums, das enorme Handelsbilanzdefizit der USA gegenüber China, die Unterbewertung des Renminbi (siehe auch C.a., 2/2006, S.132-135), die Forderung nach Einhaltung der WTO-Vorschriften, der Umgang mit dem Nuklearkonflikt im Iran und in Nordkorea, die geforderte Transparenz bezüglich Chinas militärischer Aufrüstung, Beijings globale Energiepolitik, die Menschenrechtslage etc. Hu zeigte für all diese Anliegen zwar Verständnis und versprach Besserung, machte aber in keinem Bereich wahre Zugeständnisse oder Konkretisierungen. Für die chinesische Seite hatte die Taiwanfrage höchste Priorität in den politischen Gesprächen. Auch Chinas Hoffnung, der US-amerikanische Präsident würde eine eindringliche Warnung gen Taiwan hinsichtlich weiterer Unabhängigkeitsbestrebungen senden, wurde nicht erfüllt.

Die Erwartungen an den als symbolisch so bedeutsam verstandenen chinesisch-US-amerikanischen Gipfel wurden auf beiden Seiten enttäuscht. Um eine positive Note bemüht, drückte Bush dies mit den folgenden Worten aus: „Wir waren in der Lage, über unsere Differenzen in Freundschaft und Kooperation zu diskutieren.“ Dementsprechend stellte die westliche Presse das Treffen zwischen Bush und Hu als überwiegend inhaltsleere Begegnung dar. Dennoch überwiegt in politischen Kreisen die Ansicht, in den zwischenstaatlichen Beziehungen seien durch den Besuch Fortschritte erzielt worden, so die *Neue Zürcher Zeitung*. Vom beiderseitig angestrebten Ziel einer „strategischen Partnerschaft“ zwischen der VR China und den Vereinigten Staaten von Ame-

rika scheinen die zwei Regierungen jedoch weit entfernt. (WSJ, 24.3., 18., 21., 22.4.06; SCMP, 24.3., 16., 24.4.06; FAZ, 4.4.06, S.12, 19.4.06, S.1, 2, 22.4.06, S.5; ST, 19., 22., 24., 27.4.06; Xinhua, 20., 21.4.06, nach BBC PF, 20., 21.4.06; XNA, 20.4.06; PD, 20., 21.4.06; FT *Deutschland*, 20.4.06, S.14; HB, 20.4.06, S.2, 21.-23.4.06, S.6; NZZ, 18.4.06, S.3, 20.4.06, S.2, 21.4.06, S.1, 22./23.4.06, S.3; IHT, 21.4.06, S.1, 24.4.06, S.8)

Beijing intensiviert Rohstoffdiplomatie im Mittleren Osten und in Afrika

Es war kein Zufall, sondern ein Zeichen, dass Hu Jintao direkt im Anschluss an seinen Besuch in den USA nach Saudi Arabien, Marokko, Nigeria und Kenia reiste. Seine Staatsbesuche im Mittleren Osten (22.-24.4.06) und in Afrika (24.4.-29.4.06) standen ganz im Zeichen der von China seit geraumer Zeit betriebenen Rohstoffdiplomatie (siehe auch C.a., 2/2006, S.135-137). Anders als in den Vereinigten Staaten von Amerika (siehe dazu die Dokumentation in diesem Heft) wurde der chinesische Staatspräsident hier nicht mit unbequemen Fragen zur Menschenrechtslage im eigenen Land oder mit protestierenden Falun-Gong-Anhängern konfrontiert. Nach der chinesischen Devise der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten würde Hu Jintao seinerseits keinerlei Kritik am politischen System der anderen Staaten äußern. Stattdessen verfolgt die chinesische Regierung ihre geschäftlichen Interessen ohne moralische Bedenken und ist dadurch insbesondere bei korrupten

Regierungen oder international geächteten Regimen ein willkommener Gast.

Vor dem Hintergrund des gewaltigen Energiehungers der Volksrepublik China bildet die Sicherung der zukünftigen Energieversorgung derzeit die treibende Kraft in der chinesischen Außenpolitik. War China bis vor zehn Jahren noch Erdöl-Selbstversorger, so ist es mittlerweile hinter den USA zum zweitgrößten Erdölimporteur weltweit avanciert. Mit seinen enormen Devisenreserven kann es sich die VR China selbst bei steigenden Preisen auf den Weltmärkten finanziell leisten, seine Erdölversorgung sicherzustellen. Beijings Absicht ist, sich langfristig den Zugang zu Energie und weiteren Rohstoffen zu sichern. Die angestrebten Partnerschaften im Energiesektor stießen dabei auf Gegenliebe der von Hu besuchten Staaten.

In Saudi Arabien, Chinas bedeutendstem Öllieferanten, von dem 17 Prozent der chinesischen Ölimporte stammen, konnte Hu Jintao Energieabkommen unterzeichnen. Darüber hinaus diskutierte man darüber, eine „strategische Ölreserve“ für potenzielle Energieengpässe der VR China anzulegen. Der weltgrößte Ölproduzent signalisierte damit, China als alternativen Handelspartner zu den USA und zu Europa zu betrachten. Insbesondere seit US-Präsident Bush zu Beginn dieses Jahres erklärte, die Abhängigkeit vom Öl aus dem Mittleren Osten verringern zu wollen, gewannen die saudisch-chinesischen Beziehungen an Bedeutung.

Aus Sorge vor zunehmender Instabilität im Mittleren Osten wendet sich China mit seiner Energie- und Rohstoffpolitik verstärkt auch dem afrikanischen Kontinent zu.

Neben dem Zugang zum schwarzen Gold standen für Beijing während des Staatsbesuches auch die weiteren Wirtschaftsbeziehungen auf der Agenda weit oben, wie Hu in Nordafrika verdeutlichte.

Hier begann der chinesische Staatspräsident seinen Besuch in Marokko, dem einzigen Land seiner Visite, das über keine Ölproduktion verfügt. Hu Jintao traf am 24. April mit Marokkos König Mohammed zu Gesprächen zusammen, die überwiegend den Handelsbeziehungen gewidmet waren und auch Rohstoffvereinbarungen beinhalteten. Neben dem Export chinesischer Güter auf den marokkanischen Markt möchte China insbesondere wirtschaftlich von der strategischen Lage des Königreiches profitieren. Vor den Toren Europas gelegen erhoffe sich China in naher Zukunft, vom marokkanischen Territorium aus auf den europäischen Markt zu drängen, erklärte ein marokkanischer Professor des internationalen Wirtschaftsrechts. Die Textilindustrie Marokkos kämpft jedoch schon heute in Europa um ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber chinesischen Produkten.

Handelsgespräche führte Hu Jintao auch mit Kenias Präsident Mwai Kibaki. Über den ostafrikanischen Staat erhoffe sich die chinesische Regierung Zugang zu weiteren ressourcenreichen Ländern im östlichen und südlichen Afrika zu erhalten, wie die *Straits Times* vermutet. Beide Seiten unterzeichneten in Nairobi ein Abkommen über Ölbohrungen und weitere Vereinbarungen zur wirtschaftlichen und technischen Kooperation.

Insbesondere zeigte sich China am ölreichen Nigeria interessiert. Hier besiegel-

ten der chinesische Präsident und sein nigerianischer Amtskollege Olusegun Obasanjo Verträge in Millionenhöhe. Der staatliche Ölkonzern China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) übernahm bereits zu Beginn des Jahres für 2,3 Milliarden US\$ einen Anteil von 45 Prozent an einem nigerianischen Ölfeld. Jetzt unterzeichnete Staats- und Parteichef Hu den Kauf von vier weiteren Erdölkonzessionen. Als Gegenleistung erklärte China sich bereit, vier Milliarden US\$ in die nigerianische Infrastruktur zu investieren und weitere Investitionen im Gesundheitssektor zu tätigen. Über das Ölgeschäft hinaus nutzt China auch dieses afrikanische Land als Absatzmarkt für seine billigen Konsumgüter sowie für einfache Maschinen. Teile der lokalen Textilproduktion in Nigeria brachen bereits zusammen, da sie mit den chinesischen Billigimporten nicht konkurrieren konnten. Dennoch spielt China mit seinen Investitionen eine nicht unbedeutende Rolle beim wirtschaftlichen Aufschwung in Nigeria, das dem Land auch hilft, seine enormen Staatsschulden zu reduzieren. Aufgrund der Einnahmen aus dem Ölgeschäft mit China konnte Nigeria 6 Milliarden US\$ an den Pariser Club zurückzahlen. Dadurch konnten weitere 18 Milliarden US\$ seiner Auslandsschulden gestrichen werden, wie die FAZ berichtete. Auch andere afrikanische Staaten sind vom derzeitigen Wirtschaftswachstum in Afrika begeistert, das mit 5,2 Prozent noch nie so hoch wie im vergangenen Jahr gewesen ist.

Beijing hat längst erkannt, dass der afrikanische Kontinent ein hohes Potenzial für China birgt. In einer Rede vor dem nigerianischen Parlament hob Hu Jintao Chinas

Willen zu einer „strategischen Partnerschaft“ mit Afrika hervor. Hierbei verwies er auf den parallel zu Afrika geführten Kampf gegen die europäische Kolonialisierung und erklärte in Nairobi: „Wir haben zusammen für die Freiheit gekämpft und werden das auch künftig tun.“ (HB, 2.5.06, S.9) China unterstütze den afrikanischen Wunsch nach Unabhängigkeit und Souveränität und das Recht, einen eigenständigen Entwicklungsweg zu gehen. Dieser Standpunkt sei für afrikanische Länder eher zu verstehen als der einiger anderer Länder, die ihr Konzept von Demokratie auf unilaterale Art durchzusetzen versuchen, ergänzte er (siehe auch C.a., 2/2006, S.100-102).

Mit dieser rigorosen Haltung der Nichteinmischung muss sich die derzeitige chinesische Führungsgeneration jedoch zunehmend gefallen lassen, wenn Chinas globales Verantwortungsbewusstsein in Frage gestellt wird. Mit ihrem Vetorecht im UN-Sicherheitsrat hat es die VR China zu verantworten, dass die eklatanten Menschenrechtsverletzungen im Sudan oder in Simbabwe nicht von der UNO geahndet werden. Beijing hat enorme wirtschaftliche Interessen in diesen Ländern, die China als Öl- und Platinlieferanten dienen. Der stellvertretende chinesische Außenminister Zhou Wenzhong erklärte die chinesische Position mit den folgenden Worten: „Geschäft ist Geschäft. Wir versuchen, das von der Politik zu trennen.“ (FAZ, 21.4.06, S.2) Genau diese Entkopplung von Politik und Wirtschaft trifft den Kernpunkt von Kritikern der chinesischen Afrika-Politik. Sie werfen der chinesischen Regierung die Unterstützung korrupter und diktatorischer Regime unter dem Deckmantel des

Souveränitätsprinzips vor. So gibt auch der Politologe Denis Tull zu befürchten, China unterlaufe mit seiner Haltung bewusst die Politik westlicher Staaten, demokratische Grundsätze, Konfliktprävention und mehr Transparenz in der Haushaltsführung zu fördern. (HB, 2.5.06, S.9; XNA, 17.4., 24., 25.4., 28.4., 29.4.06; Xinhua, 22., 23., 24., 27.4.06, nach BBC PF, 22., 23., 24., 27.4.06; FAZ, 21.4.06, S.2; IHT, 24.4.06, S.7; WSJ, 24., 27.4.06; ST, 24., 25.4., 29.4.06; ZTS, 25.4.06, nach BBC PF, 25.4.06; SCMP, 23.4., 25.4., 28.4., 29., 30.4.06; NZZ, 27.4.06, S.3, 29.-30.4.06, S.1; *Capital FM radio*, 28.4.06, nach BBC PF, 28.4.06; HB, 2.5.06, S.9)

Gelungener politischer Spagat bei Merkels Antrittsbesuch in China

Mit einiger Nervosität sah man in China dem ersten Besuch Angela Merkels als deutsche Kanzlerin entgegen. Anders als ihr Vorgänger Gerhard Schröder, der sich in Beijing stets durch betonte Einmütigkeit beliebt gemacht hatte, galt Merkel als schwieriger Gast. Während ihrer Zeit als Oppositionspolitikerin trat sie, im Gegensatz zu Schröder, gegen eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China ein. Zudem kündigte sie an, auch heikle Themen nicht auszusparen. Während ihres nur 38-stündigen Aufenthaltes in der VR China bemühten sich ihre Gastgeber daher sichtlich um eine entspannte Atmosphäre. Freundliche Gesten zum Auftakt der Staatsvisite zwischen dem 21. und 23. Mai sollten zur Lockerheit beitragen: Ministerpräsident Wen Jiabao lud Frau Merkel zu einem Spaziergang im Park sowie

einem gemeinsamen Frühstück im kleinen Kreis ein und legte hierbei absichtlich keine Krawatte an.

Auch für die Bundeskanzlerin war diese Visite, die die Reihe der Antrittsbesuche bei den drei Großmächten USA, Russland und China damit vervollständigte, nicht einfach. Einerseits wollte sie sich durch kritischere Töne Beijing gegenüber von der Politik Schröders absetzen. Andererseits durfte sie ihre Gastgeber auch nicht durch zu harsche Kritik verprellen und damit möglicherweise die deutsche Wirtschaft verärgern. Es galt für sie einerseits, Kontinuität in der deutschen Außenpolitik zu demonstrieren, gleichzeitig jedoch neue Akzente zu setzen. Trotz ihrer freimütigen Worte bei schwierigen Themen war man in China mit dem Besuch Merkels zufrieden. Die als „Sturm“ gefürchtete Kanzlerin, wie Wen Jiabao scherzte, habe einen „freundlichen Wind“ nach China gebracht, würdigte er Frau Merkel. Neben dreimaligem Zusammentreffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten wurde die deutsche Bundeskanzlerin auch von Staatspräsident Hu Jintao empfangen.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die von deutschen und anderen ausländischen Investoren so beklagte Produkt- und Markenpiraterie und der Zwang zum „Technologietransfer“ (siehe auch C.a., 2/2006, S.99-100 sowie Dokumentation „Bundeskanzlerin Merkel besucht China“).

In der Außenpolitik stand der Atomkonflikt mit Iran im Zentrum der Gespräche. Deutschland und China zeigten Einigkeit darüber, dass der Iran nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangen dürfe. Einmütig gaben sich beide Regierungen auch

im Bestreben, den Konflikt auf diplomatischem Weg beilegen zu wollen. Weiterhin wurde über die Gründung eines „strategischen Dialogs“ beraten, in dem ministerienübergreifende Themen, insbesondere aus den Bereichen Sicherheit und Energie, diskutiert werden sollen.

Als Aufforderung an die chinesische Regierung, die Religionsfreiheit zu achten, traf Frau Merkel in Shanghai mit dem katholischen Bischof Aloysius Jin zusammen. Der über 90-jährige Geistliche hatte wegen „Volksaufhetzung im Auftrag des Vatikans“ insgesamt 27 Jahre in Gefängnissen, Umerziehungslagern und unter Hausarrest verbracht. Dies nahm die Kanzlerin zum Anlass, um auch vor laufenden Kameras politische Verfolgung in China zu thematisieren. Auch gegenüber Wen Jiabao habe sie die Menschenrechtslage offen angesprochen und erklärte, sie werde dies auch in Zukunft immer wieder tun. Merkel bescheinigte China „weiterhin noch Defizite“ bei den Menschenrechten, merkte aber an, es gäbe eine wachsende Offenheit, über dieses Thema zu reden. Da die VR China außenpolitisch eine aktivere Rolle spielen möchte und darum kämpfe, „nicht als aggressiver Partner in der Welt wahrgenommen zu werden“, sei sie auch bereit, Regeln einzuhalten, erklärte die Kanzlerin und ergänzte: „Wir müssen dann auch durchaus den Mut haben zu kritischen Tönen.“ Es scheint ihr gelungen zu sein, den politischen Spagat zwischen Kritik und Kontinuität glaubwürdig zu vollziehen. (*Die Welt* online, 21., 22.5.06; *FAZ* online, 20., 22., 23.5.06; *Deutschlandradio* online, 22.5.06; *Spiegel* online, 23.5.06)

China und Gruppe der 77 blockieren Kernstück der UN-Reform

In seiner Absicht, die Vereinten Nationen umfassend zu reformieren, hat der UN-Generalsekretär Kofi Annan eine empfindliche Niederlage erlitten. China und die Gruppe der 77 (G-77) blockierten das Kernstück des UN-Reformprojektes, die so genannte Management-Reform. Sie wiesen mit einer von ihnen eingebrachten Resolution Annans Vorschlag nach größeren Kompetenzen des UNO-Generalsekretärs bezüglich des Haushalt sowie der Personalentscheidungen bei den Vereinten Nationen zurück. Die Initiatoren der Resolution erklärten, es verstoße gegen die UN-Charta, wenn die Macht in den Händen Weniger sei. Mit 121 zu 50 Stimmen und bei zwei Enthaltungen votierte die UN-Vollversammlung am 28. April im Haushaltsausschuss für die Resolution und stellte sich somit gegen das Reformpaket Kofi Annans.

Die Blockade der UN-Management-Reform durch China sowie die 132 Staaten umfassende G-77 bedroht nun möglicherweise die weitere Finanzierung der Vereinten Nationen. Es wird befürchtet, dass die USA ihre Drohung wahr machen könnten und im zweiten Halbjahr 2006 ihre Beiträge an die UNO aufgrund des stockenden Reformprozesses zurückhalten werden. Dies könnte die Zahlungen von Gehältern an UNO-Mitarbeiter gefährden. (Xinhua online, 27.4., 22.5.06; *Stern* online, 29.4.06; *Netzzeitung*, 29.4.06; *Rhein Zeitung* online, 29.4.06; *The Heritage Foundation*, 3.5.06; *Die Welt* online, 10.5.06; *Basler Zeitung* online, 29.4.06)

Neue Provokationen Chinas gegenüber dem Vatikan

Mit dem Frühling schien Tauwetter in den schwierigen, informellen Beziehungen zwischen der VR China und dem Vatikan einzusetzen. Papst Benedikt XVI äußerte gegenüber einer Delegation aus Hongkong den Wunsch, das chinesische Festland besuchen zu wollen. Auch der vatikanische Außenminister, Erzbischof Giovanni Lajolo, erklärte, die „Zeit ist reif“ (WSJ, 25.3.06) für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Beijing – auch unter der Prämisse, die Anerkennung Taiwans dafür aufgeben zu müssen. Mit dem Jahr 2008 nannte er sogar einen möglichen Zeitpunkt der Wiederaufnahme der 1951 abgebrochenen offiziellen Beziehungen zum chinesischen Festland. Kurz darauf gab die chinesische Regierung erstmalig bekannt, dass sie Gespräche über eine mögliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Vatikan führe. Alle Zeichen standen auf Entspannung.

Lange Zeit gab es nicht einmal auf informeller Ebene Kontakte zwischen dem religiösen Oberhaupt der Katholischen Gemeinschaft und der Volksrepublik China. Die katholische Kirche ist hier seit 55 Jahren gespalten. Neben einer offiziellen, staatlich kontrollierten katholische Kirche, die die päpstliche Autorität nicht anerkennt, existiert eine illegal im Untergrund agierende, papsttreue Kirche. Etwa vier Millionen Gläubige der staatlichen Kirche stehen schätzungsweise 7-8 Millionen Anhängern der Untergrundkirche gegenüber. Letztere ist noch immer staatlichen Repressionen ausgesetzt. Einige

ihrer Priester und Bischöfe sitzen auch heute noch in Gefängnissen.

Seit die chinesische Regierung in den vergangenen zehn Jahren Beschränkungen im religiösen Bereich gelockert hat, ist es auch zwischen dem Heiligen Stuhl in Rom und der Regierung in Beijing zum Dialog durch informelle Kontakte gekommen. Die schwerwiegendsten Differenzen zwischen beiden Seiten betreffen das Thema der Bischofsernennungen. Von Beijing offiziell anerkannte chinesische Bischöfe werden seit mehr als einem halben Jahrhundert von der staatlich kontrollierten „Patriotischen Vereinigung“ der katholischen Kirche ernannt. Die VR China bestehe auch weiterhin auf dieser Praxis, wie Ye Xiaowen, Leiter des staatlichen Religionsbüros, deutlich machte. Beijing betrachtet die Forderung des Papstes, selbst über die Ernennung von Bischöfen zu entscheiden, als Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten. In den vergangenen Jahren galt jedoch eine stillschweigende Übereinkunft beider Seiten, derzufolge nur Kandidaten geweiht wurden, die auch vom Papst anerkannt waren. Dafür verzichtete der Vatikan auf die Weihe von chinesischen Bischöfen der „Untergrundkirche“.

Inmitten der allmählichen Annäherung provozierte Chinas staatliche Kirche plötzlich mit dem Bruch dieser Übereinkunft. Innerhalb der ersten Maihälfte wurden gleich drei chinesische Bischöfe ohne die päpstliche Zustimmung geweiht. Papst Benedikt XVI verurteilte dies mit ungewöhnlich scharfen Worten und sprach von einer „schweren Verletzung der Religionsfreiheit“ (siehe auch Dokumentation „Bischofsweihen führen zu ...“).

Auch die Hintergründe der unerwarteten Provokation Beijings bleiben heiß diskutiert. Offiziell hieß es seitens der „Patriotischen Vereinigung“, man habe den Vatikan nicht kränken wollen, konnte jedoch nicht auf eine Einigung warten, da 40 der 97 Diözesen in der Volksrepublik vakant seien. Verschiedene Beobachter verstanden die eigenmächtige Handlung jedoch eher als eine Behauptung der chinesischen Staatsmacht gegenüber dem Vatikan. In Hongkonger Kirchenkreisen wird sogar ein interner Machtkampf zwischen Regierungskreisen in Beijing, die der Annäherung angeblich positiv gegenüber stehen, und der katholischen „Patriotischen Vereinigung“, vermutet. Letztere müsse im Falle von offiziellen Beziehungen zum Vatikan mit einem erheblichen Machtverlust rechnen und möchte die Verhandlungen daher untergraben, mutmaßt man in Hongkong.

Interessant bleibt der Einfluss des jüngsten Ekklats auf den Dialogprozess zwischen dem Vatikan und der VR China. Der als Verteidiger der Hongkonger Freiheitsrechte geltende und von Beijing mit Argwohn betrachtete Hongkonger Kardinal Joseph Zen forderte, die Verhandlungen um diplomatische Anerkennung zu unterbrechen. Trotz dieser von Beijing initiierten Kraftprobe rechnet jedoch kaum jemand mit einem vollständigen Abbruch der Gespräche. Beide Seiten haben ein erhebliches Interesse an offiziellen Beziehungen. Der Vatikan kann darauf hoffen, weitere 12 Millionen Gläubige mit staatlicher Billigung zu vertreten. Beijing hingegen möchte den derzeit symbolträchtigsten aller Unterstützer Taiwans auf seine Seite ziehen. Um seine Glaubwürdigkeit zu er-

halten, kann der Papst jedoch nur geringe Zugeständnisse machen. Ob dieser Spagat gelingen wird, bleibt abzuwarten. (WSJ, 23., 25., 27., 31.3., 2., 12., 25., 29.4., 1., 3., 4.5.06; SCMP, 25.3., 12., 30.4., 1.5.06; NZZ, 3.5.06, S.4; *Stern* online, 4.5.06; ST, 4.4.06; FAZ, 4.4.06, S.5; 4.5.06, S.7, S.10; *RTHK Radio 3* audio website, 4.5.06, nach BBC PF, 4.5.06; IHT, 5.5.06, S.1, 7; FT *Deutschland*, 5.5.06, S.19; *Die Welt*, 6.5.06; FT, 6./7.5.06, S.4, 9.5.06, S.13; XNA, 6.5.06; Xinhua, 6.5.06, nach BBC PF, 6.5.06; *Yahoo Nachrichten*, 14.5.06; taz online, 15.5.06)

Beijing baut seinen Einfluss im Südpazifik aus

Im Ringen um politischen Einfluss zwischen Taipeh und Beijing werden die südpazifischen Inseln seit langem instrumentalisiert. Acht der Inselstaaten haben diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China, weitere sechs Nationen im Südpazifik erkennen Taiwan an.

Mit ökonomischen Anreizen umwirbt Beijing die relativ armen Länder der Region und hat bereits Milliarden US\$ in Infrastrukturprojekte investiert. Unlängst baute China Sportstätten auf den Fiji-Inseln und in Kiribati, half bei der Erweiterung einer fischverarbeitenden Fabrik der Cook-Inseln und gab Tonga „technische Unterstützung“ im Elektrizitätsbereich. Reich an Bodenschätzen können südpazifische Länder mit diplomatischen Beziehungen zu Beijing auch am Verkauf ihrer Rohstoffe auf dem chinesischen Markt profitieren. Innerhalb der vergangenen Jahre habe der chinesische Einfluss in der Region stark zugenommen, erläuterte

Ian Campbell, Professor für Politik in Suva, Fiji. Großbritannien hingegen zeige sich nicht mehr so interessiert wie früher. Zwar nehmen sich Australien und Neuseeland weiterhin der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Region an, ihr zukünftiges Engagement durch Entwicklungsprogramme ist jedoch an verbesserte Regierungsführung und Transparenz geknüpft.

Vor diesem Hintergrund fand auf den Fiji-Inseln am 5. und 6. April das erste Forum zur Wirtschaftlichen Entwicklung und Kooperation zwischen China und den Pazifischen Inseln statt. Ministerpräsident Wen Jiabao führte auf diesem Handelsforum Gespräche mit den politischen Führern der von Beijing anerkannten südpazifischen Staaten. Ein dort unterzeichnetes Abkommen verspricht den acht diplomatischen Partnern der Volksrepublik China zollfreie Exporte nach China, das Streichen von Schulden sowie andere ökonomische Vorrechte.

Obwohl Wen Jiabao die Taiwan-Frage während keiner seiner Reden erwähnte, wurde sein Besuch international in diesem Kontext kritisch diskutiert. Insbesondere Australien verfolgt den wachsenden Einfluss Chinas im Südpazifik mit zunehmender Sorge. In einem Bericht des Australischen Senats hieß es vor kurzem, der „Pazifische Kalte Krieg“ zwischen Beijing und Taipeh verursache Korruption, gefährde die politische Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung im Südpazifik. Auch die gewaltsamen Auseinandersetzungen nach den Wahlen auf den Solomon-Inseln Ende April wurden überwiegend in diesen Zusammenhang gestellt. Die australische Regierung forderte sowohl Taipeh als auch Beijing eindringlich

auf, sich aus dem politischen Geschehen des Inselstaates herauszuhalten. (XNA, 3., 4., 5.4.06; Xinhua, 4., 5.4.06, nach BBC PF, 4., 5.4.06; ST, 28.3., 4., 6.4.06; SCMP, 2., 4., 11., 29.4.06; WSJ, 4.4.06; FT, 6.4.06, S.4; Radio Australia, 26.4.06, nach BBC PF, 26.4.06)

Innenpolitik

Heike Holbig und Katrin Willmann

40. Jahrestag des Beginns der Kulturrevolution – Gründe für und wider das Vergessen

Am 16. Mai jährte sich der formelle Beginn der Kulturrevolution zum vierzigsten Mal. In einem innerparteilichen Dokument vom 16. Mai 1966 hatte das Politbüro der KPCh zum Kampf gegen „Repräsentanten der Bourgeoisie“ aufgerufen, die sich „in die Partei, die Regierung, die Armee und verschiedene Kulturbereiche eingeschlichen“ hätten, und gab damit den Startschuss für die radikalen Säuberungsmaßnahmen und politischen Rupturen der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“. Der Jahrestag war allerdings kein Anlass für offizielle Gedenkaktivitäten oder mediale Auseinandersetzungen mit der Kulturrevolution. Vielmehr wurde jegliche öffentliche Diskussion der Thematik von parteistaatlicher Seite untersagt – nach Einschätzung von Beobachtern mit noch größerer Strenge als etwa vor zehn Jahren anlässlich des 30. Jahrestages.

Laut Hongkonger Berichten waren seit dem Herbst 2005 aus verschiedenen gesell-

schaftlichen Kreisen, darunter auch von Vertretern des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz, zahlreiche Forderungen erhoben worden, den Jahrestag durch offizielle Gedenkaktivitäten zu begehen. Wie die Beijing-kritische Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* berichtete, sollen mehrere Parteiveteranen gefordert haben, ein wissenschaftliches Symposium zum Thema der Kulturrevolution abzuhalten, öffentliche Gedenkstätten zu errichten, Publikationen zur Geschichte der Kulturrevolution zu veröffentlichen und die historische Rolle Mao Zedongs neu zu bewerten.

Entgegen solcher Forderungen soll das Zentralkomitee der KPCh beschlossen haben, auf jegliche offizielle Gedenkaktivitäten zu verzichten. Die ZK-Propagandaabteilung wies im Vorfeld des Jahrestages die Medien des Landes strikt an, das Thema der Kulturrevolution in keiner Weise zu kommentieren. Auch entsprechende Diskussionen im Internet wurden offensichtlich weitgehend erfolgreich unterbunden. Außerdem soll Akademikern angeraten worden sein, sich nicht an internationalen Konferenzen zu dem Thema zu beteiligen. Konkret betraf dies vor allem mehrere Wissenschaftler aus der Volksrepublik, die zur Teilnahme an einem von der Foundation for China in the 21st Century und der New York City University Mitte Mai veranstalteten Symposium mit dem Titel „Historical Truth and Collective Memory“ eingeladen waren.

Die Tabuisierung der öffentlichen Diskussion über die Kulturrevolution wurde von der ZK-Propagandaabteilung damit begründet, dass die KPCh bereits im Jahr 1981